

DEMO

DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
 MAGAZIN FÜR
 KOMMUNALPOLITIK

DEMO 05/06 2017
 32 Seiten in
 der Heftmitte



Kommunalpolitiker im Fokus
 Was uns bewegt

Stadt und Land – Hand in Hand

Am 14. Mai wird der Landtag in Nordrhein-Westfalen neu gewählt. Die rot-grüne Landesregierung ist ein verlässlicher Partner für die Kommunen und hat in den vergangenen Jahren viel für die Städte und Gemeinden im Land getan. Die SGK NRW sprach mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft über die Bilanz der Regierungspolitik und ihre Vorstellung sozialdemokratischer Landespolitik in den nächsten Jahren.



Hat die NRW-Regierung das erreicht, was sie sich seit 2010 vorgenommen hat – wie fällt die Bilanz aus?

Nordrhein-Westfalen ist auf einem guten Kurs. Einige Beispiele: Seit 2010 haben wir 200 Milliarden Euro in Kinder, Bildung und Familie investiert. Es sind so viele Menschen wie nie in Arbeit. Wir haben die Kommunen wieder von der Intensivstation geholt. Insgesamt haben wir in den vergangenen Jahren 30 Milliarden Euro in die Innere Sicherheit investiert. Wir haben als erstes Bundesland überhaupt eine umfassende Digital-Strategie vorgelegt. Und wir haben 2016 erstmals seit 43 Jahren wieder einen Haushaltsüberschuss. Wir haben Wort gehalten – auch in schwierigen Zeiten – und sind ein ganzes Stück vorangekommen. Es bleibt noch eine Menge zu tun – aber wir haben einen klaren Plan und an dem wollen wir auch in den nächsten Jahren weiterarbeiten.

Waren die politischen Schwerpunkte richtig gesetzt?

Ja, denn es geht darum, unser Land weiter zukunftssicher zu machen. Gegen die falsche Ideologie der Vorgängerregierung des „Privat vor Staat“ und des schlanken Staats haben wir einen Dreiklang „In Zukunft investieren, Haushalt konsolidieren und Einnahmen verbessern“ gesetzt. Dabei sind starke Städte und Gemeinden eine Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen, an dem alle teilhaben können. Unsere Städte und Gemeinden haben jetzt wieder Luft zum Atmen. Das verbessert auch die Lebensqualität vor Ort.

Die rot-grüne Landesregierung hat das größte Kommunalschuldungsprogramm aufgelegt, das es jemals gegeben hat: Bleibt das Motto „Stadt und Land, Hand in Hand“ die Arbeitsprämisse?

Ganz sicher! Wir haben einen Milliarden-Stärkungspakt aufgelegt. Bei unserem Amtsantritt waren 138 von 396 Kommunen im Nothaushalt. Jetzt sind es noch acht. Das Geld hätten wir auch zum Abbau der Neuverschuldung nutzen können. Aber dann hätten wir immer noch Kommunen, die nicht handlungsfähig sind und noch weiter bei den Leistungen wie Schwimmbädern, Theatern und Büchereien kürzen müssen. Dabei ist die Kommune aber genau der Ort, wo die Bürger den Staat unmittelbar wahrnehmen. Wir müssen deshalb auch das Dauerproblem der Kommunen lösen, die Altschulden. Wir kämpfen beim Bund für einen Altschuldenfonds. Wir müssen das angehen, unabhängig von der Einigung bei den Bund-Länder-Finzen. Auch deshalb ist es wichtig, dass die SPD im September eine Bundesregierung anführt.

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir haben am kommenden Sonntag die Wahl! Wir entscheiden darüber, wie die Weichen für Nordrhein-Westfalen für die kommenden fünf Jahre gestellt werden. Mit „wir“ meine ich nicht nur die rund 18 Millionen Menschen, die im größten Bundesland der Republik ihre Heimat haben, sondern auch uns, die 9.800 in der SGK organisierten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Um es vorweg zu nehmen: Es muss ein klares Votum dafür geben, wie die kommunalpolitischen Rahmenbedingungen weiterentwickelt werden – und das geht aus meiner Sicht einzig und allein mit einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung!



Foto: Steff Gelsenkirchen | Gahn Metz

In diesen Tagen lesen wir viel darüber, wie unser Bundesland momentan dasteht, welche Rankings NRW anführt oder auch nicht, usw. In diesem Zusammenhang frage ich mich, ob einige tatsächlich glauben, dass sie Menschen bei Wahlen überzeugen, indem sie sie mit Zahlenmassen erschlagen. Aussagekräftiger ist aus meiner Sicht, wenn man die Zielsetzungen und Handlungsstränge in den Blick nimmt, die sich eine Regierung vorgenommen hat. Zum Beispiel das Thema Kommunalfreundlichkeit. Wir gehen mal zurück in die

Zeit vor 2010: Ein CDU-Ministerpräsident Rüttgers beschimpfte auf der Hauptversammlung des Städtetages NRW die hauptamtlichen Kommunalpolitiker, der FDP-Innenminister hielt es noch nicht einmal für nötig, überhaupt einen ernsthaften Gesprächsfaden mit den Städten, Gemeinden und Landkreisen aufzubauen.

Vor dem Hintergrund dieser Historie haben wir als Kommunale – übrigens parteiübergreifend – 2010 mit dafür gesorgt, dass die damalige kommunalfeindliche Landesregierung abgelöst wurde.

Hannelore Kraft hat mit dem Credo „Stadt und Land – Hand in Hand“ einen wichtigen Kurswechsel vollzogen und die politische Augenhöhe von Land und Kommunen hergestellt. Allein der Stärkungspakt hat viele Kommunen aus der Handlungsunfähigkeit befreit. Ja, es sind noch kommunale Wünsche offen. Ja, wir müssen uns noch um Themen wie die Altschuldenproblematik oder die ein oder andere Finanzierungsfrage streiten. Aber erst mal geht es um die richtigen Vorzeichen. Lasst uns dabei mithelfen, dass Hannelore Kraft und die SPD weiter die kommunalfreundliche Linie in NRW vorgeben.

Euer Frank Baranowski

Vorsitzender der SGK NRW und
 Oberbürgermeister der Stadt
 Gelsenkirchen

"Der weiß, wovon er spricht"

Martin Schulz bei den Kommunalen

Tolle Stimmung, ein gefüllter Saal und gut gelaunte Redner bei der SGK-Konferenz zum Thema: „Kommunen für Morgen – gerecht, innovativ und lebenswert“. Zu diesem Motto sprachen Martin Schulz, Hannelore Kraft und Frank Baranowski im Apollo Theater in Düsseldorf. Den Dreiklang von Kommunen, Land und Bund betonten alle drei Spitzenpolitiker.

"Der Grundsatz 'Stadt und Land – Hand in Hand' bleibt für Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ein fester Bestandteil der Regierungspolitik in Nordrhein-Westfalen auch nach einer erfolgreichen Landtagswahl. Frank Baranowski betonte die gute Zusammenarbeit mit dem Land und stellte fest, dass die SPD auch der Anwalt der Kommunen in der GroKo ist. "Wir brauchen auch künftig die Unterstützung des Bundes – gerade in NRW", forderte Baranowski.

nes Ziels, Bundeskanzler zu werden, auch die Sicherheit einhergehe, die Kommunen weiter im Blick zu behalten und sie zu unterstützen: **Weil gute Politik lokal ist.**

Weil gute Politik lokal ist

Martin Schulz als ehemaliger Bürgermeister der Kommunalpolitik verbunden, bewies seine Verwurzelung mit der Politik vor Ort durch die lebensnahe Schilderung sozialer Herausforderungen in den Städten und Gemeinden. "Der weiß, wovon er spricht", kommentierte dementsprechend ein Kommunalr. Schulz, gleichermaßen europäerfahren, vermittelte dem Forum, dass mit der Verwirklichung sei-



Prävention auf kommunaler Ebene stärken

Vorsorgen ist besser. "Kein Kind zurücklassen", lautet die erfolgreiche Formel der Ministerpräsidentin für diese Politik. Immer mehr greift die Erkenntnis auch in anderen Politikbereichen. Beispiel: Wie können wir verhindern, dass vor allem junge Menschen für fundamentalistischen Extremismus anfällig werden? Sind allein schärfere Gesetze der richtige Weg?

Nein, sagt die SPD-Bundestagsfraktion und erneuert ihre Forderung nach einem Demokratiefördergesetz. Die SPD will die Kommunen in der Präventionspolitik unterstützen. Auch die kommunalen Spitzenverbände unterstützen diesen Weg, insbesondere die Forderung nach einem Demokratiefördergesetz. Der Kern: eine sichere, längerfristige Förderperspektive für kommunale Präventionsprojekte.

Drei Schwerpunkte kennzeichnen das SPD-Konzept zur Extre-

mismus-Prävention: vorsorgende Politik auf kommunaler Ebene, Stärkung der politischen Bildung und Aufklärung im Netz. Dies ist auch aus kommunaler Sicht die richtige Akzentsetzung.



Auf kommunaler Ebene sollte die Arbeit der Präventionsräte unterstützt werden. Wo es sie nicht gibt, sollte ihre Einrichtung vorangetrieben werden. Gleichmaßen wichtig ist die Vernetzung mit anderen Politikfeldern, wie dem Quartiersmanagement, das zum Beispiel durch das Bundesprogramm "Soziale Stadt" gefördert wird. Unverzichtbar für die Vorsorge gegen Extremismus und Radikalisierung sind Schulsozialarbeiter. Hier müssen Bund und Land gemeinsam ihren Teil

zur Präventionsarbeit beitragen. Die SPD ist dazu bereit.

Mit dem Präventionsprogramm des Bundes "Demokratie leben!", das in den vergangenen Jahren auf über 100 Millionen Euro mehr als verdreifacht worden ist (die KOMMUNALE berichtete), können viele Projekte präventiver Politik auf kommunaler Ebene finanziert werden. Allerdings darf dies kein Strohfeuer sein. Mit einem Demokratiefördergesetz würde eine stabile Finanzierung für erfolgreiche Präventionsprojekte gesichert. Lokale Initiativen und Einrichtungen brauchen eine sichere Perspektive und verlässliche Rahmenbedingungen.

Über das Präventionsprogramm "Demokratie leben!" hinaus stehen im Bundeshaushalt 2018 für ein zusätzliches Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus weitere 100 Millionen Euro zur Verfügung.

Merkels Steuersenkungspläne treffen vor allem finanzschwache Kommunen

Die Steuersenkungspläne der Kanzlerin treffen vor allem finanzschwache Kommunen. Die angekündigten Förderprogramme sind auf Drängen der SPD längst Tatsache. Für den Fall, dass die Stabilisierung der Kommunalfinanzen nicht fortgesetzt wird, stehen unsere Städte und Gemeinden vor unlöslichen Aufgaben. Wenn nun Steuersenkungen als übliches CDU-Wahlversprechen angekündigt werden, müssen auch die Folgen klar sein. Eine Steuersenkung von 15 Milliarden Euro, so illusorisch das ist, würde alleine bei den Kommunen in NRW zu einem jährlichen Steuerausfall von 750 Millionen Euro führen. Das können die Kommunen nicht verkraften. Keine Landesregierung kann so etwas ausgleichen.

Um unsere Infrastruktur zu erhalten und die beste Bildung in unseren Städten und Gemeinden zu



sichern, brauchen wir Entlastungen von den Sozialausgaben und Altschulden sowie eine Stärkung der Investitionskraft. Steuerausfälle in dreistelliger Millionengröße machen die Pläne von Schulsanierungen, Erhalt von Brücken und Straßen, etc. zunichte. Die Steuerversprechen von Merkel und Schäuble sind letztlich Belastungen, die die Menschen vor Ort spüren werden.



© Robert Kneschke - Fotolia

Zukunftsinvestitionen in frühkindliche Bildung

Der Bundestag hat Ende Mai sein viertes Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ beschlossen: weiterer Rückenwind für den qualitativen und quantitativen Kita-Ausbau in NRW.

"Neben einem bedarfsgerechten Angebot ist die Qualität der Betreuungsangebote entscheidend. Mit dem Programm fördern wir deshalb auch die Qualität der Kindertagesbetreuung. Ich freue mich sehr über diesen wichtigen Meilenstein", betonte Manuela Schwesig (SPD). "Das gibt Rückenwind für unsere sozialdemokratische Politik in NRW für Kinderförderung, Elternunterstützung, Integration und Armutsverhinderung", lobt Frank Baranowski das Programm. "Damit stärken wir den Akzent auf gute Bildung für alle Kinder von Anfang an und machen sozialdemokratische Politik aus einem Guss."

Wir unterstützen Eltern, die Familie und Beruf miteinander vereinbaren wollen. Gleichzeitig machen wir gezielte Qualifizierungsangebote. Mit Investitionen in frühkindliche Bildung können Unternehmen Eltern als Fachkräfte halten.

"Die SPD hat den Ausbauprozess der Kinderbetreuung mit der Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz begonnen und führt ihn konsequent fort. Mit dem Gesetz stehen von 2017 bis 2021 weitere Finanzhilfen für 100.000 zusätzliche Kita-Plätze bereit. "Wir investieren zusätzlich 1,126 Milliarden Euro, die auch für eine bessere Ausstattung verwendet werden können. Erstmals werden auch Betreuungsplätze für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt gefördert", erläutert Familienministerin Manuela Schwesig.



© Robert Kneschke - Fotolia

Fortsetzung von Seite 1

Stadt und Land – Hand in Hand

Ein großes Thema ist die Innere Sicherheit. Was hat die Landesregierung konkret getan und was ist als nächstes geplant?

Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ist ganz wesentlich abhängig von der Sichtbarkeit und Ansprechbarkeit der Polizei vor Ort. Unsere Vorgängerregierung hat rund 500 Stellen bei der Polizei gestrichen, wissend, dass

Wir haben die Zahl der Kita-Plätze für Unter-Dreijährige auf rund 180.000 verdoppelt, den Rechtsanspruch eingelöst. Die Anzahl der Plätze im Offenen Ganztags ist um 80.000 auf 305.000 seit 2010 gestiegen. Aber wir geben uns mit dem Erreichten nicht zufrieden, weil wir wissen, dass beste Bildung für alle Kinder deutlich weiter gehen muss. Deswegen wollen wir die Elternbeiträge



viele Polizisten in Pension gehen werden. Wir haben 1200 neue Stellen geschaffen und die Zahl der Kommissaranwärter von 1100 auf jetzt 2000 fast verdoppelt. Diese Zahl werden wir noch weiter hochsetzen auf 2300. Wir als SPD wollen mit Bezirksbeamten die Polizeipräsenz in den Quartieren erhöhen, durch mehr Kripobeamte die Verbrechensaufklärung verbessern und auch im ländlichen Raum für ausreichend Polizei sorgen.

Auch die Sachmittelausstattung haben wir seit 2010 kontinuierlich auf über 4,7 Milliarden Euro erhöht, zum Beispiel für 100.000 High-Tech-Schutzwesten oder Digitalfunk. Wir stehen für eine Politik, die Sicherheit, Bürgerrechte und Präventionsarbeit miteinander verbindet. Wir haben bereits zahlreiche Präventionsprogramme auf den Weg gebracht, wie zum Beispiel das Programm „Wegweiser“ gegen Salafismus oder „Riegel vor“ gegen Wohnungseinbrüche.

Wie geht es bei der Bildung weiter? Zu den Themen KiTa und Schule wurden bereits einige Punkte im Wahlprogramm festgeschrieben.

für Kitas in einer Kernzeit von 30 Stunden komplett streichen. Die Abschaffung der Kita-Gebühren entlastet junge Familien mehr als jede Steuerreform der letzten 20 Jahre. Außerdem wollen wir bis 2022 noch mehr Betreuungsqualität und mehr Flexibilität bei den Öffnungszeiten.

Ein weiteres Beispiel ist unser Programm „Gute Schule 2020“, mit dem wir dafür sorgen, dass der Investitionsstau in den Klassenzimmern endlich aufgelöst wird. Bis 2020 stehen insgesamt zwei Milliarden Euro – also seit 2017 jedes Jahr 500 Millionen – für die Renovierung der Gebäude und Klassenzimmer, der Schulsportstätten und auch für den digitalen Aufbruch Schule 4.0 bereit. Die Kommunen kostet dieses Programm nichts. Wir sorgen dafür, dass der digitale Wandel in unseren Schulen ankommt. Auch die Gebühren für die Meisterausbildung wollen wir streichen und ein landesweites Azubi-Ticket einführen. Wir wollen, dass Bildung kostenfrei ist. Das ist für uns eine Grundsatzfrage der sozialen Gerechtigkeit.

Kein Kind zurücklassen war und ist eine Herzensangele-

genheit. Worauf können sich die Kommunen einstellen?

Das Pilotprojekt mit 18 Kommunen war ein großer Erfolg. Es zeigt: Vorbeugung wirkt und rechnet sich. Und deshalb bleibt „Kein Kind zurücklassen“ Herzstück unserer Politik. Jetzt geht es in die Fläche, 40 Kommunen und Kreise machen mit. Und bis 2020 steht das Programm für alle Kommunen offen. Aber das Projekt umfasst mehr als die Veränderung kommunaler Betreuungsstrukturen für Kinder und Familien.

Wir werden es inhaltlich noch anreichern. Dazu gehört auch, die gesundheitliche Vorsorge stärker einzubinden. Wir organisieren den Informationsaustausch zwischen den Kommunen, und an dieser Stelle machen wir weiter – auch, was die wissenschaftliche Evaluierung angeht. Wir sehen bereits jetzt, dass der Sprachförderbedarf sinkt, wenn wir frühzeitig handeln, und dass die Übergänge in die weiterführenden Schulen sich verbessern.

KiBiz ist Mumpitz, sagt die SPD. Was sind die Perspektiven?

Die Kitas in unserem Land müssen gut ausgestattet sein. Für uns ist klar: Die Fehler, die die Vorgängerregierung mit dem KiBiz gemacht hat, müssen repariert werden. Da sind wir schon ein gutes Stück vorangekommen und haben uns den dringendsten Problemen gestellt. Wir haben die Ausgaben für frühe Bildung von rund 1,26 Milliarden Euro in 2010 auf 2,80 Milliarden Euro jährlich in 2017 gesteigert. Aber wir wollen noch weitergehen. Deswegen brauchen wir ein neues Kita-Gesetz, in dem wir die Kita-Finanzierung von Grund auf neu aufstellen. Und die Kommunen und Träger können sich darauf verlassen, dass wir eine sichere finanzielle Basis bereitstellen werden. Wir wollen auch die Kita-Gebühren vereinheitlichen. Zurzeit gelten in jeder Kommune unterschiedliche Gebührensätze. Das ist unsozial und damit muss Schluss sein. Die Kitas sind das Herzstück moderner Familienpolitik. Wir wollen dafür sor-

gen, dass sie diesem Anspruch auch in Zukunft gerecht werden.

Sie haben als erstes Bundesland eine Strategie zur Digitalisierung vorgelegt – was beinhaltet diese?

Beim Ausbau mit schnellem Internet liegen wir vorn – NRW ist mit über 82 Prozent Ausbaquote deutschlandweit führend bei den Flächenländern. Unsere Zusage gilt: Bis 2018 flächendeckend mindestens 50 Megabit und in Gewerbegebieten möglichst Glasfaser – und bis 2026 wollen wir flächendeckend Glasfaser haben. Insgesamt steht eine Milliarde Euro für den Bandausbau zur Verfügung.

Gerade in NRW besteht die Chance, unseren starken industriellen Kern, das Handwerk und den Mittelstand, auf digitale Geschäftsmodelle, Produkte und Prozesse auszurichten, um so Innovation und Fortschritt zu sichern. Dabei werden wir auch in den nächsten Jahren gezielt weitere regionale Innovationsnetzwerke (Digital-Hubs) für die Digitale Wirtschaft aufbauen, um Start-ups, Industrie und Mittelstand stärker zu verzahnen. Darüber hinaus wollen wir im ganzen Land viele weitere Spitzencluster aus Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen zusammenführen, um NRW als führenden Standort für Wirtschaft 4.0 weiterzuentwickeln.

Die CDU-Opposition fährt einen Schlingerkurs. Mal will man zurück zu Studiengebühren und Raucherkneipen – dann wieder nicht. Können sich die Kommunen mit Dir als Ministerpräsidentin weiter auf eine zuverlässige Partnerschaft auf Augenhöhe mit der Landesregierung verlassen?

Ja, das können sie bei der SPD. „Stadt und Land – Hand in Hand“ wird auch weiter gelten. Die CDU wackelt ja bei vielen Themen heftig hin und her, ändert bei Studiengebühren, Nichtraucherschutz oder einem möglichen Internetminister immer wieder ihre Meinung. Wer so wackelt wie der Wackeldackel, kann und darf das Land nicht führen. Die SPD weiß dagegen, wie wir zusammen Wandel gestalten und begleiten. Wir haben einen klaren Plan für unser Land und wir halten, was wir versprechen.

In diesem Jahr geben die Jungen den Takt vor

Von **André Stinka**, Generalsekretär der NRWSPD



Trump, Brexit und die Rechtspopulisten in Deutschland – das Jahr 2016 war für viele Menschen, denen Zusammenhalt und Demokratie am Herzen liegt, politisch kein schönes Jahr. Manche waren von solchen Ereignissen vielleicht sogar ein wenig geschockt. Doch die ersten Monate 2017 haben gezeigt: Viele Bürgerinnen und Bürger haben genug. Mit ihnen gemeinsam haben wir eine schnelle Kehrtwende eingeläutet.

Gerade für viele junge Menschen steht fest, dass ein friedliches Europa keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Eine freiheitliche Gesellschaft ist immer von denen abhängig, die sich für diese einsetzen. Es geht darum, Demokratie auch in unbequemen Zeiten zu verteidigen und weiterzudenken.

Ein schönes Beispiel hierfür ist die Bewegung „Pulse of Europe“, die sich als eine pro-europäische Bürgerinitiative versteht. Sie schafft es, aktuell über Länder- und Altersgrenzen hinweg, tausende von Menschen für die europäische Idee zu mobilisieren und auf die Straße zu bringen. Diese Gruppierung möchte bewusst nicht gegen, sondern für etwas stehen – ein gemeinsames Europa mit Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit. Das ist neu. Ein bewusster und lautstarker Gegenentwurf zu den populistischen Schlechtrednern. Das sind Menschen, die sagen: „Mich betrifft die Welt von morgen, ich möchte sie gestalten: vor Ort, im Land und auf europäischer Ebene!“

Viele der jungen und hochmotivierten Bürgerinnen und Bür-

ger, die genug haben von den rechten Miesmachern, kommen auf uns zu und treten in großer Zahl in unsere SPD ein – mehr als 10.000 Neumitglieder bundesweit und mehr als 4000 davon in Nordrhein-Westfalen. Das ist die größte Eintrittswelle in unsere Partei seit mehr als zwei Jahrzehnten. Und wir werden auch weiterhin einen Anlaufpunkt für alle diejenigen darstellen, die sich ein sozial gerechtes Land wünschen und daran aktiv mitwirken wollen.

Die Jungen haben dem einen oder anderen Älteren in den vergangenen Wochen einen Ruck gegeben mit ihrem Engagement für den Zusammenhalt in den Städten und Gemeinden, in NRW, Deutschland und Europa. Deshalb ist es nur fair, dass ihre Stimme auch Gewicht hat. Wir setzen uns deshalb dafür ein, das Wahlrecht ab 16 Jahren in NRW einzuführen. Dafür braucht es eine verfassungsändernde Mehrheit. CDU und FDP blockieren dieses Vorhaben bisher.

Es liegt weiterhin an uns, junge Menschen glaubwürdig zu vertreten. Wir in der NRWSPD werden deshalb auch nach den aktuell laufenden Wahlkämpfen zeigen, dass wir keine Angst vor der Jugend haben. Mit dem „Fundament stärken!“-Prozess haben wir hierfür eine gute Grundlage für unsere weitere Parteiarbeit gelegt. Die Jungen bringen eine Menge Power mit. Deshalb gilt: Wir binden sie im Ortsverein, Stadtverband, Unterbezirk, Landesverband und auf Bundesebene ein.

Wahlalter 16

Ein Artikel, den es gar nicht geben dürfte

Von **Freddy Cordes**, Landesvorsitzender der NRW Jusos



Im Grundgesetz steht, alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Das bedeutet auch, man sollte nicht begründen müssen, warum jemand wählen darf, sondern warum man es jemandem verbietet. Konsequenterweise sollte es diesen Artikel zur Begründung des Wahlrechts mit 16 gar nicht geben. Stattdessen sollte irgendein CDUler – gerne Armin Laschet - dafür Rede und Antwort stehen, warum er 350.000 jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen ihr politisches Mitbestimmungsrecht verweigert.

Die Verfassungsänderung zugunsten der jungen Menschen in NRW ist – nach zweieinhalb-jähriger Arbeit der Verfassungskommission im Landtag – allein an der weltfremden Blockade von CDU und FDP gescheitert. Verfassungsrechtliche Bedenken gegen das Absenken des Wahlalters gab es, wie erwartet, keine. Schließlich dürfen 16- und 17-Jährige in Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein bei Landtagswahlen bereits wählen. Auf kommunaler Ebene hat sich das Wahlalter 16 auch in NRW bereits bewährt. Stichhaltige Argumente habe ich also von Laschet und Co. in der ganzen Auseinandersetzung nicht gehört. Dass das Wahlalter zur Volljährigkeit gehöre, ist schließlich eine völlig willkürliche Festsetzung. Von 1970 bis 1975 lag die Volljährigkeit beispielsweise bei 21 und das Wahlalter bei 18 Jahren.

Soviel dazu, warum es Quatsch ist, gegen das Wahlalter 16 zu sein. Und damit zu den drei besten Gründen dafür:

Weil's gerecht ist,...

...dass man die politischen Entscheidungen, die das eigene Leben maßgeblich prägen, auch selbst beeinflussen kann. An vielen politischen Stellschrauben, die junge Menschen betreffen, wird auf Landesebene gedreht. Das offensichtlichste Beispiel dafür ist die Schulpolitik. Unter Turboabitur und schlecht ausgestatteten Klassenräumen leiden müssen, aber nicht die Partei wählen

können, die damit aufräumt? Das ist offensichtlich nicht gerecht.

Weil's gut für die Zukunft ist,...

... wenn möglichst viele Menschen, die noch lange von politischen Entscheidungen betrof-

Begeisterung für Politik kommt nicht von alleine. Wer mitmachen und mitentscheiden darf, interessiert sich auch eher für demokratische Entscheidungen. Wir müssen jungen Menschen daher ausreichend Möglichkeiten geben sich einzubringen. Eine demokratische Gesellschaft baut Hür-



fen sind, diese auch prägen können. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, dass unsere Gesellschaft überaltert ist. Da passiert es leider viel zu leicht, dass die Interessen der jungen Generation nicht ausreichendes Gehör finden und Entscheidungen getroffen werden, die nicht zukunftstauglich sind. Das traurigste und zugleich prominenteste Beispiel hierfür ist die britische Brexit-Entscheidung im vergangenen Jahr.

Weil's die Demokratie belebt,...

... wenn früh politisches Interesse und gesellschaftliches Verantwortungsgefühl geweckt werden.

den soweit wie möglich ab und bestärkt junge Menschen darin, sich in die politische Meinungsbildung einzubringen. Das geht nicht durch Verbote und Ausschluss, sondern eben zum Beispiel dadurch, dass wir das Wahlrecht öffnen.

Zukunft gibt's nicht für lau – eine lebendige Demokratie auch nicht. Wir werden weiter für das Wahlalter 16 kämpfen. Denn junge Menschen verdienen es, über ihre Zukunft mitzureden.



© Spencer - Fotolia

© Henry Schmitt - Fotolia

Strukturwandel – Nährboden des Rechtspopulismus

Von **Dr. Nikolaus Kowall**, Leiter der Geschäftsstelle des Forschungsinstitutes für gesellschaftliche Weiterentwicklung - FGW e.V.

Wer mit der Bahn von Duisburg nach Dortmund fährt, ahnt, dass der Strukturwandel für Rechtspopulisten ein guter Nährboden sein könnte. Das ist Anlass, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, ob die Globalisierung nicht stärker politisch reguliert werden muss.

der einfachen Beschäftigten in Dienstleistung und Industrie von Menschen ohne österreichischen Pass erledigt wird. Das bedeutet, die FPÖ macht mobil gegen jene Leute, die Arbeiten tun, die sonst kaum noch wer tun würde. Sie hetzen gegen Leute, die von allen gebraucht werden, die aber in der gesellschaftlichen Achtung weit unten stehen.

Bei aller berechtigter Empörung darf man nicht die Frage aus den Augen verlieren, wie es so weit kommen konnte. Diese Frage ist gerade für ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen wichtig, weil diese Region Merkmale aufweist, die typisch sind für rechtspopulistische Erfolgsgeschichten. Die deindustrialisierten Regionen Nordfrankreichs sind beispielsweise jene Regionen, wo Marine Le Pen einen besonders starken Rückhalt genießt und ähnliches gilt für die Brexit-Befürworter. Der EU-Austritt Großbritanniens erhielt be-

sonders viel Unterstützung in den ehemaligen Industriehochburgen Mittelenglands. Die Situation hat auch Parallelen zur Steiermark, wo die FPÖ sehr stark ist, und Donald Trump konnte in ehemaligen Industrieregionen des Mittelwestens punkten, im so genannten „Rust Belt“.

Eine Zugfahrt von Duisburg nach Dortmund legt den Schluss nahe, dass das Ruhrgebiet der Rust Belt Deutschlands ist. Zwar hat die Region den Strukturwandel deutlich besser verkraftet als Nordfrankreich oder Mittelengland, die Unterschiede zum deutschen Durchschnitt sind trotzdem eklatant. Die Arbeitslosigkeit ist mit elf Prozent im Ruhrgebiet fast doppelt so hoch wie im Bundesschnitt, in Gelsenkirchen leben 40 Prozent aller Kinder in Hartz-IV-Haushalten. Auch in Duisburg, Dortmund oder Essen sind es mehr als 30 Prozent. Die Städte des Ruhrgebiets führen das Ranking der am stärks-



ten verschuldeten Kommunen an. Dabei zählte etwa Duisburg noch in den 1970er-Jahren zu den deutschen Städten mit den höchsten Pro-Kopf-Steuerentnahmen.

Der Strukturwandel ist nicht die Schuld der Städte und auch nicht der Region. Er ist einerseits das Resultat von technologischen Veränderungen, die weniger Arbeitseinsatz erforderlich machen, er ist andererseits aber auch die Folge politischer Entscheidungen auf höheren Ebenen. Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs hat es in den letzten Jahrzehnten ermöglicht Unternehmen abzusiedeln, die Freihandelsabkommen haben es vereinfacht, Waren aus Übersee zu importieren. Der Binnenmarkt der EU hat Waren und Arbeitskräfte aus we-

niger wohlhabenden Regionen Europas in Deutschland rechtlich gleichgestellt. Deshalb richten sich die einfachen Antworten der Rechtspopulisten pauschal gegen Europäischen Zusammenschluss und Globalisierung. Doch es wäre im Umkehrschluss kurz-sichtig, beide Trends pauschal zu verteidigen. Die EU hat beispielsweise wirtschaftliche Freiheiten eingeführt, ohne soziale Standards festzulegen. Auch die globale Handelsverflechtung ist gewachsen, ohne dass sich jemand für Mindestlöhne, ökologische Standards oder die Rechte von Gewerkschaften in den Fabriken der Herstellerländer interessiert hat. Davon haben weder die Textilarbeiter im Ruhrgebiet noch in Bangladesch profitiert.

Die Antworten der Rechtspopulisten sind falsch, aber die Diskussionen, die sie auslösen, sind ein Anlass, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob es klug war, die wirtschaftliche Globalisierung über Jahrzehnte ohne politische Regulierung wüten zu lassen. Wer von Duisburg nach Dortmund fährt, ahnt, für die Kommunen des Ruhrgebiets war es nicht klug.



Der Aufstieg des Rechtspopulismus in Europa und den USA erschreckt viele Menschen; und das völlig zurecht. Rechtspopulisten machen Migranten und Flüchtlinge zu Sündenböcken für gesellschaftliche Probleme, sie möchten die alten Geschlechterrollen konservieren und hegen eine Bewunderung für starke Männer in Ost und West. Die österreichische FPÖ möchte beispielsweise für Ausländer eine separate Krankenversicherung einführen, die nicht staatlich bezuschusst werden soll. Das ist offener Sozial-Rassismus. Der Vorschlag ignoriert auch die Tatsache, dass z.B. in Wien, ein wesentlicher Teil

Rote Karte für Politikverdrossenheit

Für alle ein Gewinn: Partizipationsmodelle für Kinder und Jugendliche in Kommunen!



Von **Gabriele Stange**, Geschäftsführerin der SPD Fraktion Iserlohn



Die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ist gesetzlich vorgeschrieben. Das „Wie“ bleibt allerdings den Kommunen überlassen. Mit dem Ergebnis, dass sich in den letzten 25 Jahren eine große Vielzahl an unterschiedlichen Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche entwickelt hat: darunter Kinder- und Jugendparlamente, Kinder- und Jugendräte, Jugendbeiräte oder regelmäßig stattfindende Jugendforen.

Aktuell können Kinder und Jugendliche in rund 120 Städten und Gemeinden in NRW in unterschiedlichem Maße mitbestimmen. Als Mitarbeiterin eines Jugendamtes habe ich zwanzig Jahre mei-

nes Berufslebens damit verbracht, Kinder- und Jugendparlamente zu betreuen. Eine Aufgabe mit Nachhaltigkeit. Von den rund 250 Jugendlichen sind ca. 20 Prozent bis heute kommunalpolitisch aktiv, teils sogar als Mitglieder in Stadträten. Auch Dimitrios Axourgos, Fraktionsvorsitzender in Iserlohn, hat seine ersten „Gehversuche“ im einem Kinder- und Jugendrat absolviert und konnte so bereits in jungen Jahren seine Leidenschaft für politisches Engagement entwickeln. Und hier liegt der Gewinn für unsere Gesellschaft: Die Mitwirkung in Kinder- und Jugendgremien lässt Politikverdrossenheit keinen Raum! Im Gegenteil, sie ist das beste Mittel, um eine Identifikation mit der Heimatgemeinde zu fördern und die Lust an der Mitgestaltung zu generieren. Sie bildet den Grundstein für das (Selbst-)Be-



wusstsein, dass man mit der eigenen Stimme etwas bewegen kann, wenn man sich engagiert. Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bildet ein gutes Fundament in der personellen Ausstattung. Die Arbeit benötigt Kontinuität, pädagogisches Geschick und Kenntnisse über Verwaltungsaufbau und kommunalpolitische Strukturen. Kinder- und Jugendbeteiligung kann nicht funktionieren, wenn ein Verwaltungsmitarbeiter „das mal eben nebenbei mitmachen soll“, schlimmstenfalls noch

ohne eigenes Interesse an der Ausübung einer solchen Tätigkeit. Darüber hinaus nutzen die besten Ideen nichts, wenn man den Kindern und Jugendlichen keine Bühne bietet, ihre Vorschläge und Meinungen an die politischen Entscheidungsträger einer Kommune weitergeben zu können.

Diese Schnittstelle bildet im Idealfall eine Mitwirkung in den Fachausschüssen. Zusätzlich ist ein Sensibilisierungsprozess innerhalb der Verwaltung von Nöten. Um das Projekt der Beteiligung auf breite Füße zu stellen, ist es daher ratsam, wenn vom ersten Bürger der Stadt innerhalb der Verwaltung verfügt wird, dass bei allen zu fällenden Entscheidungen, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, das Jugendgremium auch beteiligt werden muss! So werden alle Fach-

ämter verpflichtet, sich für die Belange von Kindern und Jugendlichen zu sensibilisieren und sie in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Neben den Schul-, Sport- und Jugendangelegenheiten betrifft dies meist den Bereich der Stadtplanung. Studien machen deutlich, dass Kommunen, die Kinder und Jugendliche als Experten in eigener Sache mitwirken lassen, letztendlich auch finanziell profitieren. Eine Spielfläche, die gemeinsam mit Kindern geplant wird, die Einbeziehung in konzeptionelle Überlegungen für die Kinder- und Jugendarbeit vor Ort, oder auch die Mitwirkung an der Entwicklung eines Radwegeverkehrskonzeptes zahlen sich durch weniger Fehlinvestitionen aus! Und letztendlich führt eine starke Identifizierung mit der Heimatstadt zu einer positiven Bindung, die ausschlaggebend für die Zukunftsplanung sein kann!

Wir holen Nordrhein-Westfalen aus der Staufalle

Von **Michael Groschek**, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

Stau betrifft uns alle. Stau verschwendet Geld und Lebenszeit. Gegen Stau hilft nur Bau – also unsere Infrastruktur zu sanieren und auszubauen. Dafür haben wir das Geld beschafft, die Ingenieure eingestellt und den Apparat auf Touren gebracht. Niemand wäre besser in der Lage, jetzt auch die Bagger rollen zu lassen und das Jahrzehnt der Baustellen zu managen.



Wo viele Menschen unterwegs sind, wird es immer Mal wieder Stau geben. Das gilt für Nordrhein-Westfalen genau wie für London und Paris. Aktuell erleben wir aber ein bundesweites Staudrama, das in weiten Teilen hausgemacht ist. Über Jahrzehnte wurde die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland nicht ausgebaut, sondern kaputtgespart. Die schwarz-gelbe Landesregierung war ganz vorne mit dabei. Mehr als 130 Ingenieursstellen wurden bei Straßen.NRW von 2006 bis 2010 ersatzlos gestrichen.

Knowhow und Manpower wurden rausgeworfen, die Straßenbauverwaltung gelähmt und ein Sanierungstau verursacht.

Wir haben mit der „Privat vor Staat“-Ideologie gründlich aufgeräumt, den Personalabbau gestoppt und mehr Planer eingestellt. Die Straßenbauverwaltung läuft jetzt auf Hochtouren. In 2016 konnte so viel Geld in die Straßen im Land investiert werden wie niemals zuvor. Für diese Rekordleistung haben wir auch das notwendige Geld vom Bund

beschafft. Wir haben den Zustand von Straßen, Schienen und Brücken ganz oben auf die politische Tagesordnung in Berlin gesetzt. Und das mit Erfolg!

Mit dem neuen Verkehrswegeplan hat sich der Bund endlich zu einem angemessenen Anti-Stauprogramm für das Mobilitätsland Nummer Eins verpflichtet. 40 Prozent aller bundesweiten Sofortmaßnahmen zur Staubeseitigung auf der Straße werden in NRW umgesetzt. Bis 2030 investiert der Bund 14 Milliarden Euro

in Autobahnen und Bundesstraßen in unserem Land. Dazu kommen mindestens 8,5 Milliarden Euro für die Schiene und 1 Milliarde Euro für Wasserstraßen.

Für den Nahverkehr auf der Schiene hat Hannelore Kraft in den Verhandlungen zu den Bundesländern-Finzen fünf Milliarden Euro zusätzlich rausgeholt. Und wir haben historische Schienenprojekte auf den Weg gebracht, allen voran den modernen Güterhighway Betuwe-Linie und den Rhein-Ruhr-Express: 3,45 Milli-

arden Euro für den 15-Minuten-Takt von Köln über Düsseldorf nach Dortmund. Mit den neuen Radschnellwegen sorgen wir dafür, dass Radfahrer nicht länger Verkehrsteilnehmer zweiter Klasse sind. Rund 270 Kilometer sind derzeit in Planung und Bau.

Jetzt steht NRW vor einem Jahrzehnt der Baustellen. Das ist keine Drohung, sondern ein Versprechen. Denn gegen Stau hilft eben nur Bau. Die Baustelle von heute ist die freie Fahrt von morgen.

SGK-Buchtipps



NEUES KOMMUNALRECHT NORDRHEIN-WESTFALEN 2017

Peter Ebell, Beckum, 6. Auflage, 2017, ISBN 9783745055832, 223 Seiten, 22,99 Euro

Das Grundlagenwerk berücksichtigt die neuesten Entwicklungen des kommunalen Verfassungsrechts (einschließlich der Einführung der 2,5%-Sperrklausel bei der nächsten Kommunalwahl).

Die einzelnen Kapitel des Leitfadens befassen sich mit einer knappen Darstellung der geschichtlichen Entwicklung bis zur Gegenwart. Der Schutz der kommunalen Selbstverwaltung und ihre Einbindung in die Entwicklung Europas sowie Aufgaben und Rechte der kommunalen



Organen sind ebenfalls Gegenstand der Betrachtung.

Das Buch enthält entsprechende Auszüge aus den einschlägigen Rechtsnormen. Kommunale Zusammenarbeit wird als wichtige Gemeinschaftsaufgabe beschrieben. Praktische Übungsfälle runden das Werk ab.

DIE DEUTSCHEN LANDKREISE

Von Dr. Hans-Günther Henneke (Hrsg.), KSV Kommunalpraxis, 2016, ISBN 978-4-8293-1260-8, 388 Seiten, 39,90 Euro.

Aus Anlass des 100-jährigen Bestehens des deutschen Landkreistages beschäftigt sich die Sonderpublikation mit der Vergangenheit und Gegenwart der deutschen Landkreise und ihrer Spitzenverbände. Neben einem historischen Abriss beleuchtet das Werk ausführlich

BILANZ LESEN UND VERSTEHEN

C.H.Beck Verlag (München), 2016, ISBN 978-3-406-69344-1, 293 Seiten, 24,90 Euro

In der Publikation befasst sich Claus Koss ausführlich mit der Frage, wie und in welchen Schritten eine Bilanz, also eine Berichterstattung über Unternehmen, aufgebaut ist. So wird erklärt, woraus eine Bilanz überhaupt besteht, wodurch der Erfolg eines Unternehmens zu ermitteln ist und warum die genaue Buchführung zur Erfassung von Geschäftsvorfällen

die Verbandsstruktur, also die einzelnen Landesverbände und ihre Kräfteverhältnisse. Letztlich stehen die Porträts aller 295 Landkreise und ihrer Landräte im Zentrum des Buches.

wesentlich ist. Dem Thema des Jahresabschlusses widmet das Werk ein vertiefendes Kapitel mit einer detaillierten Gebrauchsanweisung für die Rechnungslegung.

Das Buch ist mit zahlreichen Beispielen und auch Übersichtstabellen versehen, um die Thematik dem Leser anschaulich näherzubringen.



IMPRESSUM

Die Kommunale Zeitung

Herausgeber:

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW e.V. (SGK NRW)

Elisabethstraße 16, 40217 Düsseldorf

Tel.: 0211-876747-0, Fax: 0211-876747-27,

Mail: info@diekommunale.de,

Internet: www.diekommunale.de

Verantwortlich (auch für Anzeigen):

Bernhard Daldrup, Landesgeschäftsführer der SGK NRW

Satz und Gestaltung:

SGK NRW, Postfach 20 07 04, 40104 Düsseldorf

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der SGK NRW wieder. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Energiewende weiterentwickeln – Stromsteuer senken

Von **Frank Sundermann MdL**, energiepolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion



Die Energiewende ist auf einem guten Weg. Seit Einführung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes konnte der Anteil der erneuerbaren Energien bei der Erzeugung von drei Prozent im Jahre 2002 auf 9,1 Prozent in NRW im Jahre 2014 gesteigert werden. Die Kosten der Stromerzeugung sind in diesem neuen Technologiefeld deutlich gesunken. Gleichwohl müssen heute, viel stärker als zu Beginn der Energiewende, die Funktionsfähigkeit und die Bezahlbarkeit des Gesamtsystems beim weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien im Blick behalten werden.

In den Jahren 2015 und 2016 wurden durch die Bundesregierung zahlreiche Reformen am Strommarkt beschlossen. Die Einführung von Ausschreibungsverfahren zur Förderung der erneuerbaren Energien war dabei ein wichtiger Meilenstein, um die mittlerweile wettbewerbsfähiger gewordenen erneuerbaren Energieerzeugungsformen an marktwirtschaftliche Bedingungen heranzuführen.

Gleichwohl bleiben größere Schwierigkeiten auf dem Strommarkt bestehen, insbesondere für einen Großteil der Wirt-

schaftsunternehmen. 96 Prozent der Industrieunternehmen in Deutschland sind nach wie vor nicht von der EEG-Umlage befreit und haben mit im europäischen Vergleich hohen Stromkosten zu kämpfen. Und dies, obwohl die aktuellen Börsenstrompreise auf sehr niedrigem Niveau verharren. Ursache sind zahlreiche fixe Strompreisbestandteile, mit denen verschiedene Aufgaben im Energiesystem, wie etwa die Förderung von erneuerbaren



Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung sowie Erhalt und Ausbau der Stromnetze, finanziert oder Anreize zur Senkung des Stromverbrauchs gesetzt werden (Stromsteuer). Die Ziele der deutschen und nordrhein-westfälischen Energiepolitik waren und sind dabei, sowohl den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben, als auch die industrielle Basis unserer Wirtschaft zu erhalten und zu modernisieren. Angesichts der Wettbewerbssituation unserer Industrie ist kurzfristig Handlungsbedarf geboten.

Erstens ist die ursprünglich zur Reduzierung des Stromverbrauches eingeführte Stromsteuer durch den Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung obsolet geworden. Mehr noch, sie setzt falsche Anreize, weil der dadurch verteuerte erneuerbare Strom für den Einsatz in den Bereichen Wärme und Verkehr unattraktiv wird. Wir sollten sie abschaffen.

Zweitens konterkarieren die durch die EEG-Umlage steigenden Stromkosten die eigentliche Absicht, durch den Ausbau der erneuerbaren Energien günstigeren Strom für Wirtschaft und Haushalte bereitzustellen. Um die Kosten für diesen generationenübergreifenden Nutzen gerecht zu verteilen und einen weiteren Anstieg der EEG-Umlage kurzfristig zu begrenzen, bietet sich das als „Duin/Aigner-Modell“ bekannt gewordene Konzept eines EEG-Streckungsfonds zur Deckelung der EEG an, das auch von zahlreichen Industrieverbänden und der Erneuerbaren-Energien-Branche begrüßt wird.





SGK-Sommerschule 2017

Alles um die Themen

Selbstvermarktung & Kommunikation

8. Juli, 9:00 Uhr – 9. Juli 2016, 16:00 Uhr in Castrop-Rauxel

Mit dem Seminarformat „SGK-Sommerschule“ möchte die SGK NRW auch 2017 motivierten kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern die Möglichkeit geben, sich in Form eines Wochenend-Kompaktseminars in den wichtigen Bereichen „Selbstvermarktung“ und „Kommunikation“ weiterzubilden. Dazu wurde eine Fortsetzung des Seminarangebotes aus 2016 entwickelt, welches mit erfahrenen Referenten besetzt ist und auch die Netzwerkbildung nicht zu kurz kommen lässt.

8 SAMSTAG

KENNELERNEN, AUSTAUSCH, AGENDASETTING

WORKSHOP
Standortbestimmung
„Wo stehe ich, wo will ich hin“
Michael Ziege und Stefan Schmitz

WORKSHOP
Am Anfang jedes Projektes steht gute Planung
„Projekt und Zeitmanagement“
- Grundlagen
Eberhard Fehlau

9 SONNTAG

FRÜHSTÜCKSTALK
„Storytelling“ – Was ist das eigentlich?
Stefan Schmitz

WORKSHOP
„Ich, meine Story“
Einzel-/Gruppenarbeit zur Entwicklung der eigenen Story
Michael Ziege und Stefan Schmitz

VORSTELLUNG DER
„PERSONAL-STORIES“

REFLEXION UND FEEDBACK

ABSCHLUSS „GET TOGETHER“



Zum Anmeldeformular der Sommerschule
www.sgk.nrw

120 EUR Teilnahmebeitrag
Im Beitrag sind Verpflegung, Übernachtung, Seminarunterlagen und Teilnahmeurkunde enthalten.

Stellenausschreibung

SPD-Ratsfraktion Gelsenkirchen



Die SPD-Ratsfraktion in Gelsenkirchen schreibt die Stelle eines/einer Fraktionsreferenten/-referentin in Vollzeit aus. Der angestrebte Einstellungstermin ist der 1. Oktober 2017.

Die SPD-Ratsfraktion Gelsenkirchen gestaltet maßgeblich die Kommunalpolitik in Gelsenkirchen.

Wir suchen Sie für folgende Tätigkeitsschwerpunkte:

- Presse-/Öffentlichkeitsarbeit, Gestaltung des Social-Media-Auftritts, Fotografie für die Öffentlichkeitsarbeit
- Gestaltung von Publikationen der Fraktion
- Zuarbeit zu den Arbeitskreisen und Gremien der Fraktion
- Vorbereitung, Durchführung und Nachbearbeitung aller (öffentlichen) Veranstaltungen der Fraktion
- Kontakte mit Bürgerinnen/Bürgern und der Verwaltung
- Allgemeine Bürotätigkeiten in Absprache

Eine Identifikation mit den Zielen der SPD setzen wir voraus.

Sie sollten teamfähig und kundig in der Anwendung von Office-Programmen sein, sowie Offenheit und Kontaktfähigkeit und die Bereitschaft zur Fortbildung besitzen. Sie sollten ein Studium oder eine qualifizierte Berufsausbildung abgeschlossen haben.

Wir bieten eine anspruchsvolle und abwechslungsreiche Tätigkeit, die angelehnt an TVÖD vergütet wird. Die Eingruppierung richtet sich nach Ihren persönlichen Voraussetzungen (z.B. EG 11 mit Zusatzversorgung). Die Stelle ist grundsätzlich unbefristet.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung auf elektronischem Wege einschließlich der üblichen Unterlagen bis zum 31. Mai 2017 an: bewerbung@spdfraktion-ge.de

SPD-Ratsfraktion Gelsenkirchen, Ebertstr. 11, 45879 Gelsenkirchen
Tel.: 0209/169-2193, www.spdfraktion-ge.de



TAG DER BEGEGNUNG 20. MAI 2017 KÖLN



Europas
größtes Fest
für Menschen
mit und ohne
Behinderung
im Rheinpark.
Eintritt frei!



www.lvr.de | www.facebook.com/tagderbegegnung